

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/62

30. März 1977

Sadot benötigt ein Zeichen aus den USA

Zum Besuch des ägyptischen Staatschef in der Bundes-
republik und den USA

Von Lenelotte von Sothmer MdB
Präsidentin der Deutsch-arabischen Gesellschaft

Seite 1 / 29 Zeilen

Neue Hilfen für den Altbauerwerb

Begrenzter Aufwand - große Wirkung

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 2 und 3 / 84 Zeilen

Keine Antwort auf drängende Fragen

Die Regierungserklärung der neuen Saar-Regierung
enttäuscht

Von Friedel Läßle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Seite 4 und 5 / 96 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-70, 5300 Bonn 12
Postfach: 180 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 00 38/39
Telex: 08 88 648-48 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Sadat benötigt ein Zeichen aus den USA

Zum Besuch des Ägyptischen Staatschef in der Bundesrepublik und den USA

Von Lenelotte von Bothmer MdB
Präsidentin der Deutsch-arabischen Gesellschaft

Der Besuch des Ägyptischen Staatschefs, Präsident Anwar el Sadat, in Bonn hat einen privaten Charakter: Sadat ist auf der Durchreise; er steigt bei guten Bekannten kurz ab.

Das deutsch-Ägyptische Verhältnis hat sich in jüngster Vergangenheit wieder nachbarlich-freundlich entwickelt. Das beweist, daß manches auf diplomatischem Parkett gesprochene Wort von Freundschaft und traditionell enger Beziehung zur benachbarten Mittelmeerregion nicht Höflichkeitsfloskel ist, sondern echte Substanz birgt.

Ägypten ist eines der vom lange schwelenden Nahostkonflikt betroffenen Länder; die deutsche wie europäische Mitwirkung an der Lösung dieses schweren Problems kann nur indirekt sein, weil wir indirekt, wenn auch bedeutsam mitbetroffen sind. Die gute vertrauensvolle Beziehung zu einem Mann wie Sadat erscheint in diesem Zusammenhang so wertvoll, weil er sich in der jüngsten vergangenen Zeit als ein Staatsmann bewiesen hat, der mit gutem Recht eine Schlüsselfigur genannt werden kann.

Gemeinsam mit Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien fährt Ägypten den sogenannten "weichen Kurs", um bald und wirksam die Palästinenser-Frage zu lösen. Soll ihnen das gelingen, so bedarf es der Kooperation Europas; vor allem aber eines deutlichen Zeichens aus den USA. Worte allein sind nicht mehr genug und die Zeit droht abzulaufen, ehe dieser "weiche Kurs" greifen könnte.

Während Präsident Sadats Besuch werden hier sicher auch die wirtschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder zur Sprache kommen. Die Bundesregierung hat erkannt, daß die ungeheuren wirtschaftlichen und daher auch innerpolitischen Schwierigkeiten Ägyptens auf seine außenpolitische Haltung negativen Druck ausüben könnte.

Bei solcher Lage der Dinge ist es gut, gegenseitiges Einverständnis zu finden - im Falle von Präsident Sadats bevorstehender Amerika-Reise ist dies bedeutsam.
(-/30.3.1977/ka/ ja)

Neue Hilfen für den Altbauerwerb

Begrenzter Aufwand - große Wirkung

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der vom Bundeskabinett Anfang März dieses Jahres verabschiedete Entwurf eines Gesetzes über die Ausweitung der bestehenden steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7b des Einkommensteuergesetzes auf ältere Wohngebäude und die damit verbundene Befreiung von der Grunderwerbsteuer wird für weite Teile der Bevölkerung erstmals die Möglichkeit schaffen, in Wohnungseigentum "einzusteigen". Sicher wird die geplante Neuregelung für manche Bürger nur eine Bereicherung der Auswahlmöglichkeiten beim Wohnungseigentum mit sich bringen. Dies trifft vor allem für diejenigen zu, die mit einer ausreichenden Ansparleistung ohnehin bereits wesentliche Grundvoraussetzungen für den Erwerb von Wohnungseigentum geschaffen haben.

Begünstigt wird aber künftig auch die große Gruppe der Kaufwilligen, die wegen der hohen Anschaffungspreise bisher einfach nicht in der Lage waren, ein neues Haus oder eine neue Wohnung zu erwerben. Sie können nun mit Hilfe der steuerlichen Erleichterungen aus dem großen Angebot von zum Teil noch sehr preiswerten gebrauchten Häusern und Wohnungen ein Objekt maßgeschneidert auf den eigenen Geldbeutel auswählen. Ganz ohne Zweifel wird durch diese Ergänzung der schon bestehenden Vorschriften für die Förderung des Wohnungseigentums die Grundlage für eine Erhöhung der Eigentumsquote in der Bundesrepublik erheblich verbessert. Dies ist auch dringend erforderlich, da wir hier im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch erheblich nachzuholen haben. Das breite positive Echo in der Öffentlichkeit deutet darauf hin, daß die geplanten Neuregelungen große Resonanz finden werden.

Auch für die vor uns liegenden städtebaulichen Aufgaben hat die Ausweitung der steuerlichen Abschreibung und die Befreiung von der Grunderwerbsteuer beträchtliche Auswirkungen. Wer sich bisher für den Erwerb von Wohnungseigentum interessierte, entschied sich aus ökonomischen Gründen in aller Regel für ein Neubauprojekt. Grundstücke für den Wohnungsbau zu annehmbaren Preisen sind in den innerstädtischen Bereichen schon lange nicht mehr zu haben. Die Folge davon ist der sich ständig verstärkende Trend zur Abwanderung in das Stadtumland. In den Kernstädten zurück bleiben Bürger, deren Einkünfte für ein neues Haus oder eine gleichwertige Wohnung am Stadtrand nicht langen. Mit dieser Entwicklung einher ging das Absinken ganzer Quartiere im Wohnwert oder die Umwidmung von Wohnungen oder ganzer Wohngebiete in Geschäfts- oder Bürohäuser. Lärm und Umweltverschmutzung haben ein Übriges dazu getan, unsere Städte in den Kernbereichen zunehmend unwirtlicher zu machen.

Mit dem Städtebauförderungsgesetz, dem Wohnungsmodernisierungsgesetz und der Novelle zum Bundesbaugesetz haben wir inzwischen die Instru-

mente geschaffen, mit deren Hilfen solchen negativen städtebaulichen Entwicklungstendenzen gezielt entgegengewirkt werden kann. Die neuen steuerlichen Hilfen werden darüber hinaus für viele Bürger jetzt den Anreiz schaffen, in die Städte zurückzukehren oder dort zu bleiben und sich Eigentum zu schaffen. Neben den eigentumspolitischen und städtebaulichen Zielsetzungen geht es der Bundesregierung schließlich darum, die Mobilität zu verbessern und den Arbeitnehmern die Möglichkeit zur beruflichen Veränderung zu erleichtern. Dabei wird vor allem die im Gesetz vorgesehene Vorschrift helfen, die Nutzung des § 7 b während des begünstigten Zeitraums von acht Jahren nicht mehr an ein Objekt zu binden. Wer aus beruflichen Gründen den Wohnort wechselt, kann seinen 7 b künftig "mitnehmen".

Die Neuregelung bringt für alle Ebenen für Gemeinden, Länder und den Bund steuerliche Mindereinnahmen mit sich. Ich verstehe sehr gut, daß die Verantwortlichen dabei gerade angesichts der angespannten Haushaltslage sehr sorgfältig prüfen müssen, ob solche Mindereinnahmen vertretbar sind. Angesichts der positiven Wirkungen in vermögenspolitischer und städtebaulicher Hinsicht halte ich die zu erwartenden Steuerausfälle durchaus für tragbar und vertretbar. Dies gilt auch für die Kommunen. Positiv für sie wird sich zunächst der angestrebte Stopp der Abwanderung aus den Städten ins Umland auswirken. Zudem werden in sehr vielen Fällen die Aufwendungen für Infrastruktureinrichtungen in den Stadtrandgebieten künftig geringer ausfallen können und die gleichen Einrichtungen in den innerstädtischen Bereichen, wo sie häufig schon vorhanden sind, besser genutzt werden. Einbeziehen in die Überlegungen muß man auch die Tatsache, daß künftig der Aufwand für die Vermögensbildung über das Sparprämiengesetz und das Wohnungsbauprämiengesetz in Folge der festgelegten Einkommengrenzen zurückgehen werden.

Die erwarteten Einnahmeherausfälle aufgrund der Ausdehnung des 7 b und der Befreiung von der Grunderwerbsteuer werden etwa für das Jahr 1980 auf rund 1,3 Milliarden Mark geschätzt. Ich meine, das ist ein Volumen, das die verantwortlichen Politiker vertreten können. Es gibt sicher nur sehr wenige Bereiche, wo Mittelaussetz und -wirkung in einem ähnlich positiven Verhältnis stehen wie hier. Die Neuregelungen kosten die öffentliche Hand einiges; allerdings ist das, was wir damit in vermögenspolitischer und städtebaulicher Hinsicht erreichen können, dieses Geld auch wert.

(-/30.3.1977/bgy/ca)

+ + +

Keine Antwort auf drängende Fragen

Die Regierungserklärung der neuen Saar-Regierung enttäuscht

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Die hohen Erwartungen, die mancher in die neue Koalitionsregierung aus CDU und FDP im Saarland gesetzt haben mag, waren spätestens in dem Augenblick verfolgt, als der alte und neue Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder (CDU) dem Parlament seine Regierungserklärung vortrug. Nichts, aber auch gar nichts, was in den letzten Jahren an Notwendigkeiten für das Saarland erkannt wurde, was besonders in den letzten Monaten durch die Krise in der Stahlindustrie in aller Eindringlichkeit deutlich wurde, hat Eingang in das politische Arbeitsprogramm dieser Regierung für die nächsten drei Jahre gefunden.

Der Ministerpräsident, bemüht, seinem Bündnis mit den Freien Demokraten eine über den Zwang zur parlamentarischen Mehrheitsfindung hinausgehende Sinngebung zu verleihen, trug ein von den Ressorts zusammengebragtes Sammelsurium von Allgemeinplätzen und Wunschvorstellungen vor, ohne auch nur in einem Punkt konkrete Vorstellungen zu deren Verwirklichung, geschweige denn zur Finanzierung zu entwickeln. Zwar hatte ihm der neue Wirtschaftsminister und FDP-Landesvorsitzende Werner Klumpp in der entsprechenden Passage der Regierungserklärung eine relativ ungeschminkte Bestandseufnahme der desolaten Wirtschaftssituation an der Saar hineingeschrieben, doch gerade in dieser für das Saarland existentiellen Frage konnte und kann diese Regierung keine Antworten geben. Es fehlt jegliche Aussage, wie die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende, im Saarland fast ausschließlich strukturell bedingte, Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden soll, wie ein schlagkräftiges Instrumentarium der Struktur- und Ansiedlungspolitik entwickelt werden und wie die Ausbildungsplatzmiskere beseitigt werden sollen.

Antworten auf diese drängenden Fragen konnten der Regierungschef und sein liberaler Wirtschaftsminister auch im Verlauf der Debatte nicht geben. Vielmehr wurde deutlich, daß Minister Klumpp, der seine Amtstätigkeit mit einem tüchtigen Kleinkrieg gegen den DGB und seine Gewerkschaften eingeleitet hatte, den hohen Anforderungen, die an einen saarländischen Wirtschaftsminister gerade in der derzeitigen Situation gestellt werden müssen, durchaus nicht gewachsen ist. Es bleibt ein Rätsel, wie der gelernte Verwaltungsjurist Klumpp ein Ministerium führen will, das unter seinen gescheiterten christdemokratischen Vorgängern in einen verhängnisvollen Schlandrian, in Untätigkeit und Schlämperei verfallen war. Zumindest machte Klumpp nicht den Fehler, die Versäumnisse und Mißerfolge der früheren Regierungen entschuldigen zu wollen.

Zu etwas mehr Hoffnung gibt das zweite freidemokratische Kabinettsmitglied, Arbeits- und Sozialministerin Dr. Rosemarie Scheurien, Anlaß. In der von ihr zu verantwortenden Passage der Regierungserklärung wurden zumindest andeutungsweise Ansätze zu einer Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik sichtbar. So will die Ministerin offenbar endlich auf die

von SPD und DGB seit langem erhobene Forderung eingehen und die Arbeitsmarktkonferenz des Saarlandes durch Neuorganisation zu einem Instrumentarium umwandeln, das konstruktiv an der Lösung der Beschäftigungsprobleme im Land mitwirken kann. Ob und inwieweit diese und andere Absichtserklärungen verwirklicht werden können, bleibt abzuwarten.

Keine neuen Aspekte enthalten die Ankündigungen der anderen, fast ausschließlich von den bisherigen Kabinettsmitgliedern verwalteten Ressorts. Auch hier überwiegen Wunschvorstellungen. So will der neue Finanzminister zwar einerseits Geld einsparen, um die hohe Verschuldung des Landes abzubauen, andererseits aber mehr Mittel für investive Ausgaben zur Verfügung stellen. Der Innenminister hält eine bessere Personelle und materielle Ausstattung der Polizei für erforderlich und anstrengenswert, und der Rechtspflegeminister will Gerichtsbarkeit und Strafvollzug verbessern. Der nach seinem Fiasko mit der gescheiterten Einführung der Orientierungsstufe und seinem blamablen Nachfolgegerangel mit dem Ministerpräsidenten schwer angeschlagene Kultusminister Werner Scherer zieht sich gar auf die Erziehungspostulate der Saar-Verfassung zurück und will statt besserer Schulen und ausreichender Lehrerschaft die innere Einstellung der Schüler verbessern. Wenig Hoffnung also auch hier.

Bleibt die Frage, ob es der FDP gelungen ist, ihre erklärte Absicht zu verwirklichen, dem Saarland in Zukunft eine konstruktive Rolle im Bundesrat zu geben. Doch auch hier überwiegt Enttäuschung. Nichts ist in der Regierungserklärung mehr davon enthalten, daß die "Koalitionspartner gegenseitig auf ihre unverzichtbaren politischen Grundsätze Rücksicht nehmen", nichts mehr von den Protokollnotizen der Koalitionsvereinbarung, in denen es heißt: "Führt die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung nicht zu einem Einvernehmen, ist jeder Seite Gelegenheit zur weiteren Beratung auch außerhalb des Kabinetts zu geben."

Und vor allem vermissen wir den Satz: "Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, daß die Stimmen des Saarlandes im Bundesrat nicht gegen den erklärten Willen eines Koalitionspartners abgegeben werden." Offensichtlich hat die FDP es dem Ministerpräsidenten gestattet, diesen Abschnitt der Regierungserklärung allein zu formulieren - ein in unseren Augen schwerwiegender Fehler.

Diese Regierungserklärung - das habe ich in meiner grundsätzlichen Stellungnahme deutlich zum Ausdruck gebracht - ist für alle, die das Wohlergehen des Landes und seiner Bevölkerung, besonders aber der Arbeitnehmer, im Auge haben, eine herbe Enttäuschung. Offenbar ist die CDU, die seit zwanzig Jahren die Regierung führt, zu verkümmert und verfilzt, der FDP-Einfluß aber zu schwach, um für die notwendige Belebung und einen Neubeginn zu sorgen. So war die Regierungserklärung, insgesamt gesehen, die kaum verhohlene Aufforderung an die saarländische Bevölkerung, die CDU endlich aus der Regierungsverantwortung zu lösen. Die FDP muß darauf achten, daß sie nicht in den Sog ihres jetzigen Koalitionspartners hineingerät.

Wir Sozialdemokraten haben in der Debatte erneut unsere klaren Alternativen zur saarländischen Politik dargelegt. Nach dem, was diese Regierung schon zu Beginn ihrer Amtszeit zu bieten hat, können wir mit ruhiger Zuversicht der nächsten Landtagswahl an der Saar entgegensehen.

(-/30.3.1977/bgy/ja)